



Die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ –

Eine parteiliche Stellungnahme des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar e.V. im ökumenischen Globalisierungsdiskurs

Im Sommer 2008 veröffentlichte der Rat der EKD unter dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ eine von der Kammer für soziale Ordnung der EKD erarbeitete Denkschrift. Damit lädt die EKD zu „einem neuen Dialog zwischen evangelischer Kirche und Unternehmertum“ (S. 7) ein.

Die kritischen Reaktionen auf die Stellungnahme erfolgten prompt. Gerade die ökumenischen Gruppen in Deutschland, die sich im processus confessionis – dem weltweiten Bekenntnisprozess der Kirchen angesichts der tödlichen Folgen der kapitalistischen Globalisierung – besonders engagieren, wie u.a. Kairos Europa, reagierten mit dem Text „Frieden mit dem Kapital? Ein Aufruf wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft“.

Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar unterstützt diese Initiative. Da die EKD-Denkschrift aber nicht „alleine“ dasteht, sondern eingebettet ist in ein ganzes „Maßnahmenbündel“ der Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“ auf protestantischer wie katholischer Seite, möchten wir unserer Unterstützung des Aufrufs einige Gedanken hinzufügen.

1. Verortung

Die Denkschrift wird in einer Zeit veröffentlicht, in der die EKD sich bemüht, das Profil eines „sozialen Protestantismus“ zu entwickeln. Neben der Denkschrift „Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ (2006), der Gründung der Stiftung Sozialer Protestantismus (2007) und der Herausgabe eines Jahrbuches „Sozialer Protestantismus“ (seit 2008) fallen hier die Neu-Interpretation des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt als Moderatorin zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern (s. Publik Forum Nr. 18 vom 26.9.2008) sowie die Studie „Gelebte Unternehmensethik. Eine empirische Studie der evangelischen Kirche über ethische Reflexion in Großunternehmen und ihre institutionellen und personellen Voraussetzungen“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (2008/2009) ins Auge.

In der katholischen Kirche wird mit der Enzyklika „Centesimus annus“ ein Akzent in die Richtung einer neoliberalen Öffnung gesetzt. Gegenüber „Laborem exercens“ mit der Lehre vom Vorrang der Arbeit vor dem Kapital wird der Akzent stärker auf die Bedeutung des Marktes gelegt. In Deutschland zieht sich der Bogen der Anpassung der katholischen Soziallehre an den neoliberalen Zeitgeist vom Papier „Das Soziale neu denken“ der katholischen Bischofskonferenz (2003) bis zum „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ (2008), der u.a. vom Bund katholischer Unternehmer mitgetragen wird. In diesem Zeitraum wird auch der Vortrag von Kardinal Lehman bekannt: „Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?“



In der jüngsten EKD-Denkschrift ein Papier „für die Schublade“ zu vermuten, wäre also falsch. Wir lesen es im Zusammenhang der angedeuteten kirchlichen Entwicklungen sowie der zunehmenden sozialen Spaltungsprozesse in Deutschland und in der Welt. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte hat darüber hinaus deutlich gemacht, wie krisenanfällig und zerstörerisch der globale Kapitalismus ist. Schon immer hatten die Menschen im Süden – verschärft durch die Verschuldungskrise und das Platzen der bisherigen Finanzblasen – die Hauptlasten für das vom Norden dominierte kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell zu tragen. Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA wird auch für die Menschen in den bisher eher reichen Ländern klar, dass auch sie von den Widersprüchen des globalen Kapitalismus immer weniger verschont bleiben werden. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit den sozialen und ökologischen Zerstörungsprozessen kapitalistischer Globalisierung hatten Kirchen des Südens, unterstützt vom Weltrat der Kirchen, zu einem Bekenntnisprozess gegen die neoliberale Globalisierung aufgerufen. Während also die weltweite Ökumene die tödlichen Folgen der Globalisierung zu entlarven sucht und Alternativen jenseits bestehender Strukturen einfordert, versucht die EKD-Denkschrift das Handeln eines zentralen Akteurs der Prozesse, die in soziale und ökologische Katastrophen führen, ethisch zu untermauern. Grundlage dafür ist ein

2. Idealistisch-ideologisches Bild der Gesellschaft

Die Denkschrift bietet ein idealistisches, von der gegenwärtigen Realität ungetrübtes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit als Ort für das verantwortliche Handeln von Unternehmern als „ehrbaren Kaufleuten“. Hinter diesem ideologischen - weil von idealisierten Ideen bestimmten - Bild der Wirklichkeit verschwinden vor allem die Leiden der Menschen, die zu Opfern des sich im Rahmen der Globalisierung verschärfenden ‚Wettbewerbs‘ werden. Mit diesem Wettbewerb verbindet sich eine selektierende Konkurrenz, in der immer mehr Menschen in für die Vermehrung des Kapitals ‚Verwertbare‘ und ‚Überflüssige‘ getrennt werden. Während die ‚Verwertbaren‘ sich den Konkurrenzbedingungen des Arbeitsmarktes ‚mobil‘ und ‚flexibel‘ anzupassen haben, werden die ‚Überflüssigen‘ ausgegrenzt, unter den Verdacht des Missbrauchs gestellt und als die Gesellschaft belastende ‚Kostenfaktoren‘ gesehen.

Wenn schon so inflationär von der Verantwortung der Unternehmen die Rede ist, müsste eine kirchliche Denkschrift diese Verantwortung als Verantwortung gegenüber denen reflektieren, die unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens leiden. Dies wird verstärkt, wenn wir die Situation der Ökumene einbeziehen. Hier liegen eine Fülle von kirchlichen Stellungnahmen vor, die den Leiden der Opfer der herrschenden Art unternehmerischen Handelns eine Stimme geben. Wie kann es sein, dass diese Stimmen schlicht ignoriert werden? Verantwortung müsste doch im kirchlichen Zusammenhang vor allem heißen, eine Antwort auf das Leid der Opfer des Wirtschaftens zu geben. Offensichtlich bleibt das idealistische Bild des „Ehrbaren Kaufmannes“, dem es gelingt, wirtschaftliches Handeln und christliche Ethik miteinander zu verbinden, nur stimmig, wenn die Realität des Leidens der Opfer ausgeblendet bleibt. Und wer die vorrangige biblische Option für die Armen zur Ermahnung, „die Armen nicht zu missachten“ (S. 34) klein redet, steht sich mit dieser ‚Hermeneutik‘ selbst im Weg, die Wirklichkeit aus der biblisch verbindlichen Perspektive der ‚Compassion‘ mit den Opfern wahrzunehmen.

3. Strukturelle Krisen

In der Denkschrift ist von „Belastungen“ aufgrund der „Dynamik wirtschaftlicher Prozesse“ (S. 116) die Rede. Damit verbindet sie „die Notwendigkeit, in immer kürzerer Zeit neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen und zu ihrer Erstellung Unternehmensabläufe beständig umzubauen und zu optimieren“ (ebd.). Hinter diesen harmlos erscheinenden Sätzen verbirgt sich eine andere ‚Notwendigkeit‘, nämlich die von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und ökologischer Zerstörung. Wie geht Verantwortung mit diesen „Notwendigkeiten“ zusammen? Warum wird die in sozialen Bewegungen und nicht zuletzt in den Ökumenischen Netzen diskutierte Frage nach der Ambivalenz der „Dynamik wirtschaftlicher Prozesse“ nicht aufgenommen? Diese zeigt sich darin, dass enorme Fortschritte an Produktivität erzielt werden, gleichzeitig aber Potentiale von Zerstörung produziert werden, die nicht mehr durch individuell verantwortliches Handeln aufgefangen werden können.

Im Gegenteil, sowohl individuell verantwortliches Handeln als auch staatliche Regulierungen stoßen an eine Grenze, die von der Denkschrift durchaus benannt wird: „Die moderne Wirtschaft bleibt in ihrem Kern angetrieben durch das Eigeninteresse und die Selbstverwertung des Kapitals.“ (S. 118) Genau diese Prozesse der „Selbstverwertung des Kapitals“ und die durch die Konkurrenz erzwungenen „Notwendigkeiten“ einer ständig wachsenden Produktivität machen Ausgrenzung, Verdichtung von Arbeitsprozessen, Verlängerung von Arbeitszeiten, ökologische Zerstörungsprozesse etc. als soziale und ökologische Kehrseite der ausgesprochenen Systemzwänge ‚notwendig‘. Zugleich treibt die ‚notwendige‘ Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Sachkapital auf eine Grenze der „Selbstverwertung des Kapitals“ zu; denn mit der Arbeit verliert es („notwendig“) die Substanz seiner Akkumulation.

Aus der beschriebenen Einsicht und ihren Implikationen werden aber keine Konsequenzen gezogen. Was folgt denn daraus für verantwortliches Handeln sowohl von Unternehmern als auch von Politikern, wenn Spielräume für verantwortliches Handeln durch die beschriebene „Notwendigkeit“ nicht zuletzt infolge einer immer schärferen Konkurrenz und zu geringe Profitraten in der Realwirtschaft immer enger werden? Der bisherige Weg neoliberaler Deregulierungen, den die Denkschrift offensichtlich weitergehen will (vgl. die idealisierende Vorstellung, eine Art vollkommener Wettbewerb begrenze „auch die staatlichen Regulierungen auf das Notwendigste und“ Sorge „so für mehr Freiheit (52f)), haben alle Krisen ökologischer und sozialer Natur verschärft und treiben den Globus auf die Grenzen der Belastbarkeit zu. Politik verkommt zu einer Art Krisenverwaltung, die immer deutlicher zu den Mitteln von Militarisierung und repressiver Sicherheitspolitik greift. Das Opfer letzterer sind vor allem Flüchtlinge, die fliehen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden.

Die Antworten der Denkschrift wirken wie das Gesundbeten von vermeintlichen Wunderheilern. „Ethische Grundorientierungen und wirtschaftliche Sachgesetzmäßigkeiten sollen sinnvoll aufeinander bezogen werden“ (S. 32), fordert die Denkschrift. Wie soll das aber geschehen in einer Dynamik, die Wachstum und Produktivitätsfortschritt auf der einen und auf der anderen Zerstörungsprozesse, die



nicht ‚schöpferisch‘ sind, sondern Leben von Menschen und das Überleben der Gattung aufs Spiel setzen (Hinkelammert) ‚frei setzt‘? Statt einer kritischen Reflexion solch existentieller Überlebensfragen macht es sich die Denkschrift ‚leicht und leicht‘: Ohne kulturelle und religiöse Orientierungen könne wirtschaftliches Handeln „sich leicht destruktiv entwickeln“ (S. 52). Also mit Kultur und Religion ‚light‘ gegen ‚leicht destruktive‘ Entwicklungen?

4. Die Frage nach Arbeit und Arbeitnehmern

Es fällt auf, dass die Denkschrift - natürlich ‚jenseits‘ realer Arbeits- und Lohnbedingungen - ein idealistisch hohes Loblied der Arbeit anstimmt: „Durch die Arbeit schaffen wir nicht einfach mehr, sondern wir werden zu mehr.“ (S. 62) Sogar „die Härten der Arbeit können in dieser Hinsicht befreiende Bedeutung haben“ (S. 62). Also Befreiung durch harte Arbeit? Solch abstrakte Reden wirken um so zynischer, je mehr sie sich von den realen Lebensbedingungen und Zumutungen von ArbeitnehmerInnen entfernen. Hatten sie etwa in den letzten Jahren nicht erhebliche Einkommensverluste hinzunehmen? Sollen sich nicht immer mehr Menschen mit Löhnen zufrieden geben, von denen sie nicht leben können? Was ist mit dem Zuwachs an prekären Beschäftigungsverhältnissen, was mit der viele krank machenden Verdichtung von Arbeitsprozessen, was mit den Zumutungen von Mobilität und Flexibilität, was mit der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene ‚Bereitschaft‘ nahezu jede Arbeit an- und hinzunehmen; denn – so sagen uns die Ideologen des Neoliberalismus – ‚jede Arbeit ist besser als keine‘? Das alles soll das mehr ‚Haben‘ mit mehr ‚Sein‘ versöhnen?

Um was es wirklich geht, macht der Text deutlich, wenn er davon spricht, dass ArbeitnehmerInnen sich als „wertgeschätzt und gefördert erfahren“ (S. 59) sollen; denn nur so könnten „Kreativität und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ... auf Dauer ... erhalten werden“ (S. 59). Solche ‚Wertschätzung‘ gilt der VerWertung der Arbeitskraft. Aus dem sozialetischen Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital, d.h. der Personalität der Arbeit vor dem Sachwert des Kapitals ergäbe sich eine grundsätzlich andere Sichtweise. Da Menschen eine Würde und Sachen einen Wert haben, müsste von der Würde der Arbeitenden ausgegangen werden. Sie steht im Gegensatz zur optimalen, d.h. flexiblen und kostengünstigen Verwertung von Arbeitskraft.

Darüber hinaus wäre zu sehen, dass im kapitalistischen Verwertungsprozess Arbeit zur abstrakten Arbeit, d.h. zur Verausgabung menschlicher Leistungskraft für den abstrakten Zweck der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen wird. In diesem Zusammenhang wird jedes hohe Lied auf die Arbeit problematisch. Zudem drückt sich in der Negation konkreter Arbeit die Negation des Lebens im kapitalistischen Verwertungszusammenhang aus. Zweck der Produktion ist nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern die Akkumulation des Kapitals. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wird zu einem Nebeneffekt dieses Zwecks und ist nur für die möglich, die über Kaufkraft verfügen. Und letztere sinkt angesichts wachsender Armut durch Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne.

Natürlich kommt es in einer dynamischen Wirtschaft immer wieder zu Umstrukturierungsprozessen (vgl. 2.). Die Folgen und Risiken für die Arbeitnehmer werden in der Denkschrift klein geredet. Es wird zunächst so getan, als finde lediglich



eine Verlagerung von Arbeitsplätzen statt: Der „Verlust von Arbeitsplätzen an der einen Stelle“ wird „zugunsten neuer Arbeitsplätze an einer anderen Stelle“ (S. 60) ausgeglichen. Lediglich „im Einzelfall“ könne das „aber auch“ bedeuten, „dass ein Unternehmer Entlassungen vornehmen muss“ (S. 60). Selbst „hohe Gewinne sind noch kein hinreichendes Signal dafür, dass Unternehmer Arbeitsplätze schaffen können.“ (S. 60) Aus den gegenwärtigen Gewinnen lassen sich – so die Denkschrift – keine Prognosen auf zukünftige Gewinne ableiten. Gar unverantwortlich sei es, mehr Arbeitsplätze als zur Produktion benötigt vorzuhalten, weil dies „auf Dauer zu einer unverantwortlichen Kostenspirale“ (S. 60) führte.

Worin aber besteht denn dann die immer wieder beschworene Verantwortung der Unternehmer, wenn ihnen aufgrund der Markt- und Konkurrenzbedingungen doch die Hände gebunden sind? Die Unternehmer exekutieren ‚Sachzwänge‘. Für das, was nötig bzw. im Blick auf das, was nicht möglich ist, kann es keine Verantwortung geben. Entsprechend weicht der Text auf Allgemeinplätze aus. Er proklamiert die Verantwortung der Unternehmer, ohne genau zu sagen, worin sie besteht. So heißt es, Unternehmer und Führungskräfte hätten „die Verantwortung, alles in ihrer Macht stehende für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu tun“ (S. 60). Dem komme gar „ein besonders hoher ethischer Wert zu“ (S. 60), gehe es doch um „anvertraute Menschen“ (S. 60), denen „eine unverrechenbare Würde“ zustehe, die „keine Mittel zum Zweck sind“ (S. 60) und über die deshalb „nicht wie über Sachen verfügt werden“ (S. 60) könne. Was aber steht denn in der Macht der Unternehmer, diese höchsten ethischen Anforderungen zu erfüllen? Darüber schweigt der Text sich aus. So kann er die Machtlosigkeit der Unternehmer angesichts von ‚Sachzwängen‘ herausstellen und gleichzeitig damit unverbunden und daher unverbindlich in den höchsten ethischen Prinzipien schwelgen.

Vieles spricht dafür, dass sich in der Beschreibung einer solchen ‚verantworteten Verantwortungslosigkeit‘ widerspiegelt, was bereits Max Weber beschrieben hatte, als er davon sprach, dass „die ökonomische Kapitalherrschaft ihres ‚unpersönlichen Charakters halber ethisch nicht reglementierbar“¹ sei. Dann aber muss der Kapitalismus als System zur Disposition gestellt werden. Für die Kirchen wird ein ethisch nicht regulierbarer Kapitalismus nicht zuletzt zu einem theologischen Problem der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen. Einem sich gegenüber menschlicher Verantwortung versperrenden und deshalb sich verabsolutierenden System kann in der Logik der jüdisch-christlichen Gottestradiation nur widersprochen werden. Die mit dem Kapitalismus verbundenen Systemimperative – Sachzwänge genannt - fordern die Unterwerfung unter den Systemzweck des Kapitalismus, Kapital um seiner selbst willen zu vermehren. Diesem abstrakten Selbstzweck wird menschliches Leben und das Leben der Schöpfung zum Opfer.

Die Denkschrift vermeidet eine Reflexion solcher Zusammenhänge. Entsprechend fallen dann auch die Folgerungen aus, die der Text im Blick auf realpolitische Problemlagen zieht. Gestärkt werden soll die immer offensichtlicher an ihre Grenzen geratende Funktionsfähigkeit des Systems der Kapitalvermehrung. Gefordert werden „nachhaltige Strukturreformen insbesondere auch bei der Finanzierung der Sozialversicherungen“ (S. 63). Im realpolitischen Klartext heißt das: Weiter mit dem Sozialabbau, „um unangemessene Belastungen der Arbeitsverhältnisse abzubauen“

¹ Max Weber., *Wirtschaft und Wissenschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972, 709.



(S.63) bis hin zu angesichts der erreichten Produktivität absurden längeren Lebensarbeitszeiten (S. 65). Ganz in neoliberaler Logik verbindet sich dies mit der Privatisierung der Vorsorge. So müsse es darum gehen, die „Spielräume für die private Vorsorge zu erweitern“ (S. 63). Der Staat müsse natürlich seiner ‚Verantwortung‘ gerecht werden, wenn es darum gehe verwertbare Arbeitskräfte zu rekrutieren. So fordert die Denkschrift „ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen“ im Interesse der „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit“ (S. 64). Dass die Forderung nach Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sinnvoll und richtig ist, weil sie eine wichtige Bedeutung für die Sicherung des Lebensunterhaltes von Familien und den Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit hat, wird von uns nicht bestritten. Dennoch kann der Zusammenhang mit dem Verwertungsinteresse des Kapitals nicht übersehen werden, zumal hier deutlich wird, dass auch die Reproduktionsarbeit immer deutlicher in die Verwertung der Arbeitskraft einbezogen wird.

5. Das vermeintlich realistische und christliche Menschenbild

„Alles habe einen Wert, nur der Mensch habe eine unveräußerliche Würde“ (S. 42f), greift die Denkschrift eine griffige Formulierung Kants auf, nach denen „Menschen nie nur reine Mittel zum Zweck – zum Beispiel der Gewinnmaximierung – werden dürfen, sondern immer zugleich Zweck an sich sind“ (S. 43). Theologisch gewendet heißt das dann: Alle im Unternehmen Tätige „sind eben nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch und vor allem Geschöpfe Gottes, geschaffen zu Gottes Bild“ (S. 42).

Was will uns das jetzt lehren, wenn festgestellt wird: „Beschäftigte sind allerdings selbstverständlich *auch* Mittel zum Zweck“ (S. 43)? Also ein bisschen, vielleicht auch ein bisschen viel, vielleicht auch fast ganz, aber nicht ganz und gar Mittel zum Zweck und theologisch „Gottes Ebenbild“? Die Denkschrift arbeitet mit scheinbar ‚ausgewogenen‘ Formulierungen, die bei oberflächlicher Betrachtung offen lassen, was genau gemeint ist. Von der gesamten Anlage des Dokuments und vor allem von den ausgeblendeten Problemlagen her wird deutlich, dass es im Kern um eine Rechtfertigung der herrschenden Art zu wirtschaften geht. Dazu werden ethische Kriterien bemüht, deren Gültigkeit proklamiert, aber dann auch schnell relativiert und zurückgenommen wird, wenn die Gefahr lauert, sie könnten zu einer kritischen Sichtweise der kapitalistischen Wirtschaft führen. So geschieht es auch, wenn die Denkschrift feststellt, Grenzen seien überschritten, „wo Lebensbereiche einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise unterworfen werden“ (S.45). Zu fragen bleibt: Was ist eine „rein wirtschaftliche Betrachtungsweise“? Was bedeutet sie in einer Situation, in der immer Lebensreiche betriebswirtschaftlicher statt humaner Rationalität unterworfen werden und der Mensch zum ‚homo oeconomicus‘, zu einer wirtschaftlich kalkulierenden und privat vorsorgenden ‚Ich-AG‘ zu werden droht? Was bedeutet es wenn theologisch steil die Freiheit „unverfügbares Geschenk Gottes in Jesus Christus“ genannt wird und sie als Befreiung „vom Gesetz als einem Mittel der Selbstrechtfertigung durch Leistung“ interpretiert wird angesichts einer Situation, in der Menschen strukturell gezwungen sind, ihre Existenz als ‚nützlich‘ und für den Arbeitsmarkt ‚verwertbar‘ zu ‚rechtfertigen‘? Was bedeuten solch steile Reden angesichts einer Realität, in der Menschen per Gesetz für die Verwertbarkeit ‚gefördert und gefordert‘ werden und ihr Leben der Gnadenlosigkeit der Unterwerfung unter die Funktions- und Funktionierensimperative von Mobilität und Flexibilität ausgesetzt sind?



Theologische Reflexion hat keinen Standort ‚über‘ der Wirklichkeit, wenn sie die herrschende Wirklichkeit nicht einfach ‚von oben‘ absegnen will. Sie muss eingreifen, wenn sie denn mehr sein will als eine unverbindlich fromme Überhöhung einer Welt, die auch ohne Religion aus ihren eigenen Sachgesetzen und immanenten ‚Notwendigkeiten‘ heraus funktioniert und das auch noch für ‚vernünftig‘ hält, selbst wenn dabei – ganz ‚vernünftig‘ den Sachzwängen folgend - der Ast abgesägt wird, auf dem die ‚vernünftig‘ Reflektierenden sitzen? So einfach ist die Freiheit des Evangeliums nicht ‚zu haben‘, wie sie die Denkschrift mit der Entscheidungsfreiheit und der schöpferischen Kraft des Individuums kurz schließt.

Fern von aller Betonung von menschlicher Würde, christlichem Menschenbild, evangelischer Freiheit und Verantwortung formuliert die Denkschrift in aller dankenswerter Deutlichkeit auch das Menschenbild, das sie wirklich leitet: „Auf einem zunehmend flexiblen Arbeitsmarkt werden Beschäftigte immer mehr zu Unternehmen ihrer eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse.“ (S. 63). Genau dies deckt sich mit der Ideologie der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission, die ihr Menschenbild bereits Ende der 90er Jahre so formulierte: „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.“² Dann ist es nur konsequent, wenn die Denkschrift ihr Vertrauen „auf die Triebkraft des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen“ (S. 52) setzt und versichert, die Begrenzung „staatlicher Regulierung auf das Notwendigste“ Sorge „für mehr Freiheit“ (53). Nicht mehr konsequent, sondern fast schon blasphemisch/häretisch ist es, für solch ideologischen Unfug auch noch die Bibel zu bemühen, in der der Mensch „immer wieder realistisch beschrieben“ (S. 52) werde. Ja, wie ist er denn der Mensch? Er ist jedenfalls kein ‚homo oeconomicus‘ als individualisierter Konkurrenz- und Verwertungsmensch, und schon gar nicht sind so die Menschen, die uns in den biblischen Traditionen begegnen.

6. So richtig ‚verantwortlich‘ sind die ‚kleinen Leute‘ als KonsumentInnen.

So zärtlich der Ton gegenüber den Unternehmern und ihrer Berufung ist, um so drastischer wird er, wenn sich die Denkschrift den KonsumentInnen und ihrer Verantwortung zuwendet. Ihnen wird „erhöhte Verantwortung“ (S. 74), gar „gewaltige Macht“ (S. 74) zugesprochen. Hier erreicht die Denkschrift sogar ein Mut zur Eindeutigkeit, der gerade dann fehlt, wenn es um Verantwortung und Macht der Unternehmer geht: „Wo Menschen als Verbraucherinnen und Verbraucher alles tun, um möglichst preisgünstige Produkte kaufen zu können, auch wenn sie unter menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen produziert wurden, werden sie ihrer Verantwortung nicht gerecht.“ (S. 76) Haben die Unternehmer für menschenunwürdige Arbeit eigentlich keine Verantwortung? Und was ist mit der Politik? Haben nicht beide durch Lohnsenkungsmaßnahmen und Umverteilung von ‚unten‘ nach ‚oben‘ dafür gesorgt, dass immer weniger Kaufkraft und damit Konsumentenmacht in den Händen der KonsumentInnen ist? Wie sollen Menschen mit einem Minimum an Kaufkraft auch noch ethisch konsumieren?

² Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997, 36.



Neben der Feststellung der Verantwortungslosigkeit wird auch noch ein Widerspruch im Verhalten der KonsumentInnen aufgedeckt: „Ihr Verhalten ist zudem widersprüchlich, wenn sie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichzeitig um den Verlust ihrer Arbeitsplätze durch Auslagerung in besonders billig produzierende Entwicklungs- und Schwellenländer fürchten.“ (S. 76). Was für Unternehmen rational bzw. von den Sach**gesetzen** geboten ist, nämlich da zu produzieren, wo die ‚kostengünstigsten‘ Rahmenbedingungen sind, wird für die kleinen KonsumentInnen zum Widerspruch, wenn sie kaufen, was für sie am ‚kostengünstigsten‘ ist.

Die bestimmte Tonlage wird im nächsten Abschnitt sofort wieder milder. Da geht es nämlich um die Rolle der Politik angesichts menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen. Hier gibt es auch keine verbindliche Verantwortung mehr, sondern nur noch ‚Kann-Bestimmungen‘: „Ergänzend zu den Mechanismen der Selbstregulierung der Wirtschaft (sc. für die natürlich in erster Linie die BilligkonsumentInnen die Verantwortung tragen) **kann** die Politik an dieser Stelle Vorgaben machen. Sie **kann** den Schutz der Verbraucher ... verbessern...“ (S. 76).

7. Herausforderung für „Ökumenische Netzwerke“ (S. 76)

Den VerbraucherInnen soll natürlich geholfen werden, ihre „gewaltige Macht“ und „erhöhte Verantwortung“ (S. 74) wahrzunehmen. Dies sollen die „Ökumenischen Netzwerke“ tun. Ihnen wird die Aufgabe der Aufklärung der VerbraucherInnen über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zugewiesen. Damit sind sie in die herrschenden Denk- und Handlungsmuster integriert und ihrer kritischen Kraft beraubt.

Es fällt auf, dass die Denkschrift die Arbeit der „Ökumenischen Netzwerke“ vor allem in der politisch-theologischen Zuspitzung ihrer Aktivitäten schlicht nicht zur Kenntnis nimmt, aber da, wo sie nützlich sein könnten, sich ihrer bedient. Neben allen Einzelaktivitäten haben viele der ökumenischen Netzwerke kritische grundsätzliche Anfragen an den neoliberalen Kapitalismus formuliert und betont, angesichts der strukturellen Unfähigkeit des Kapitalismus müssten die Kirchen ein Denken ‚jenseits‘ der Vergesellschaftung durch Markt und Staat riskieren³. Diese Anfragen stehen in Verbindung mit dem Processus Confessionis, der vor allem von Kirchen aus den armen Ländern angestoßen und getragen sowie vom ÖRK unterstützt wird. Gemeinsam ist dem Processus Confessionis und den ökumenischen Netzwerken, dass sie die Frage nach kapitalistischer Wirtschaft und Vergesellschaftung angesichts der „alles bestimmenden Wirklichkeit“ des Kapitals und seiner Verwertungsgesetze nicht mehr als eine Frage der Ethik formulieren, sondern als theologische Frage der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, zwischen dem Glauben an den Gott des Lebens und der Unterwerfung unter eine Logik des Todes, die im Namen der sich immer mehr von menschlicher Verantwortung lösenden vermeintlichen Sachgesetze exekutiert werden.

Dass die Denkschrift die Arbeit der Netzwerke in ihrem politisch-theologischen Kern, vor allem aber die Anfragen aus den armen Kirchen des Südens und damit das

³ Vgl. Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen! Selbstverständigungspapier der Ökumenischen Netze in Deutschland (ÖNiD) 2006; Das ‚Ganze‘ verändern. Erklärung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar, 2005 (beide Texte unter: <http://www.oekumenisches-netz.de/netz.htm>)



weltkirchliche Anliegen des Processus Confessionis konsequent ignoriert, ist ein Skandal, der angesichts der den Globus bedrohenden Überlebenskrisen die kirchliche Gemeinschaft in Deutschland und weltweit in Frage stellt. Statt die unabweisbaren Fragen aufzugreifen, formuliert die Denkschrift eine ideologische Antwort, die nicht anders denn als platte Rechtfertigung eines Kapitalismus gelesen werden kann, dessen strukturelle Krise nicht erst mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte immer offensichtlicher wird und der immer mehr Menschen in den wirtschaftlichen Ruin, in Armut und frühen Tod reißt. Die Opfer sowohl der sich immer wiederholenden ‚schöpferischen Zerstörungen‘ als auch der sich immer mehr abzeichnenden Selbstzerstörungsdynamik des Systems sind die Menschen, deren Lebenssituation jetzt schon durch Armut und Demütigung, durch Ausgrenzung und Ohnmacht gekennzeichnet ist. Kirchen, die sich als unfähig erweisen, die weltweit in den Kirchen formulierten Fragen und Forderungen ernsthaft aufzugreifen, machen sich schuldig am Leid der Menschen, das die Antriebskraft der aufgeworfenen Fragen ist.

Kontakt: **Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar e.V.**

Ansprechpartner: Herbert Böttcher / Vorsitzender
Dr. Sabine Ferenschild / Geschäftsführerin

Anschrift: Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
56564 Neuwied

Tel.: 0 26 31 – 35 41 40

E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

Web: www.oekumenisches-netz.de